

# Iran und Syrien: Die Kriegsgefahr wächst

## Was können, was sollten Friedensforschung und Friedensbewegung tun?

*Von Lühr Henken und Peter Strutynski*

Die israelische Regierung droht mit einem Angriff auf iranische Atomanlagen. Es sei keine Frage von Tagen oder Wochen, aber auch nicht von Jahren, sagte Präsident Netanjahu Mitte März. Tel Aviv befürchtet augenscheinlich, dass das schiitische Regime in Teheran heimlich den Plan verfolgt, eine Atomwaffe herzustellen, mit der sie ihre angeblichen Drohungen wahr machen will, Israel auszulöschen. Netanjahu wirft Iran vor, „Millionen Juden vernichten“ zu wollen. (FAZ 25.04.1012)

Auf die Vorstellung, der Iran hätte eine Atomwaffe und entsprechende Trägermittel, kommen wir gleich zurück. Werfen wir zunächst noch einen kurzen Blick auf die Lage der atomaren Entwicklung im Iran. Die iranische Führung bestreitet den Vorwurf, eine Atomwaffe herstellen zu wollen. Verweise auf die Fatwa ihres geistlichen Führers Khamenei, wonach Herstellung, Lagerung und Anwendung einer Atombombe „haram“ (moralisch verboten) sei, werden im Westen vielfach abgetan. Die US-Geheimdienste und neuerdings auch der Chef des israelischen Generalstabs, Benny Gantz, bestätigen jedoch, dass der Iran keinen Entscheid für den Bau einer Bombe getroffen hat. Das Vorhaben sei seit 2003 eingestellt. Allerdings betonen westliche Geheimdienste auch, dass der Iran an den Komponenten und der Infrastruktur einer Bombe arbeite, die Urananreicherung vorantreibe und die Technologie zur Herstellung mehrstufiger Raketen weiter entwickle, dessen Kosten-Nutzen-Rechnung nur dann aufgeht, wenn sie atomar bestückt werden. Das Programm zum Bau eines Atomsprengkopfs habe der Iran aber nicht wiederaufgenommen. Wesentliche Komponenten sind unter Kontrolle der Atomenergiebehörde IAEA. Ob das wirklich alle sind, darüber gibt es Zweifel. Allerdings werden immer wieder Befürchtungen laut, dass die IAEA-Kontrollen vom Iran suspendiert werden könnten. Nur würde dies als Indiz dafür gewertet werden, dass nun der Bombenbau beginne. Falls der iranische Revolutionsführer Khamenei den Entschluss zum Bau einer Bombe fällen sollte, geht man im Westen davon aus, dass es noch etwa neun bis 12 Monate Arbeit bedürfte, bis eine Atombombe hergestellt sei. Damit wäre sie jedoch noch nicht transportierbar. Der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad, Meir Dagan, geht davon aus, *„dass Iran eine Atombombe frühestens Mitte des Jahrzehnts entwickelt haben werde und das auch nur, wenn nichts und niemand in die Quere komme. Bis Iran einen nuklearen Sprengkopf entwickelt habe, würden noch einmal drei Jahre vergehen. Das wäre 2018.“* (Der Spiegel 7.11.11)

### Will der Iran die Bombe?

Zum Gedanken zurück, der Iran hätte eine Atombombe und entsprechende Trägermittel. Würde er diese gegen Israel oder auch gegen irgendein anderes Land in einem Erstschlag einsetzen? Falls ja, was hätte das zur Folge? Für das angegriffene Land: die Zerstörung. Und für den Iran? Der Selbstmord, denn das würde zu atomaren Gegenangriffen des Westens führen und den Iran auslöschen. Würde der Iran Israel atomar angreifen? Die Antwort ist Nein!

Weshalb regt sich dann die israelische Regierung so auf? Ihre Antwort: Sie befürchtet eine Kettenreaktion. Und zwar dergestalt, dass auch Saudi-Arabien, der erbitterte sunnitische Rivale des Iran, seine Drohung wahr macht, sich im Falle einer iranischen Atombombe, ebenfalls atomar zu bewaffnen. Gleiches wird mit einer gewissen Plausibilität Ägypten und der Türkei unterstellt.

Die Folge wäre, Israel würde sich von islamischen Atommächten eingekreist und seiner Alleinstellung als Atommacht im Nahen und Mittleren Ostens beraubt sehen. Die Folge wäre: Die islamischen Atomwaffen würden die völkerrechtswidrige israelische Besatzungspolitik gegenüber Palästina und Syrien erheblich erschweren. Israel würde sich durch einen vermeintlich erfolgreichen Krieg gegen den Iran seine Träume von einem Großisrael bewahren.

Außer Israel behaupten die USA und die EU, dass Iran sich um eine Atombombe bemühe. Das nicht erst seit heute, sondern seit etwa 10 Jahren werden kampagnenartig Wellen der Hysterie über uns ergossen. Eine Atombombe in den Händen der Mullahs stelle eine Bedrohung nicht nur Israels und des Nahen Ostens dar, sondern durch den Ausbau iranischer Raketensysteme seien die USA und Europa mittel- bis langfristig selbst in Gefahr. Mittels eines Raketenabwehrsystems und massiven Handels- und Finanzembargos soll der Iran daran gehindert werden. US-Präsident Obama droht dem Iran spätestens für den Tag Krieg an, an dem er über Atomwaffen verfügt. Er sei kein Containment-Politiker und er bezeichnet das ausdrücklich nicht als Bluff. Es besteht also eine sehr ernste Kriegsgefahr.

Der Iran sieht sich bereits militärisch eingekreist. Israel ist Atomwaffenstaat mit Trägermitteln, die den Iran erreichen können. US-Truppen befinden sich in allen arabischen Golfstaaten, in Bahrain ist das Hauptquartier der 5. US-Flotte, in Katar das US-Luftwaffenkommando für die Zentralregion, das für den Iran zuständig ist. Die USA verstärken Luftwaffen- und Marineeinheiten im Persischen Golf; eine zweite Flugzeugträgergruppe ist dort bereits eingetroffen. Irans Nachbar Türkei ist NATO-Land, der Nachbar Afghanistan beherbergt NATO-Truppen. Die USA rüsten die arabischen Golfstaaten mit Waffen für 120 Milliarden Dollar auf, während der Iran jährlich nur etwa 10 Milliarden Dollar für das Militär ausgibt. Die Frage stellt sich: Wer bedroht eigentlich wen?

Die Bundesregierung trägt ihrerseits dazu bei, Öl ins Feuer zu gießen, indem sie zwei atomwaffenfähige U-Boote an Israel auszuliefern will. Sie stehen kurz vor der Fertigstellung. Die Genehmigung für die Herstellung eines dritten dieser nicht ortbaren U-Boote hat sie bereits erteilt. Sie ist offenbar auch bereit, dem diktatorisch regierten Saudi-Arabien 270 Kampfpanzer Leopard 2 A7+ zu liefern. Die Bauweise dieser Stahlkolosse ist speziell auf die Bekämpfung von Bürgeraufständen ausgerichtet. Für den Fall eines Irankrieges fürchten die saudischen Ölprinzen ein Anschwellen schiitischer Proteste bei sich und auch im Nachbarland Bahrain.

Neben der militärischen Einkreisung und Bedrohung sieht sich die iranische Regierung massiven Sanktionen ausgesetzt; sie kann das aus ihrer Perspektive nur als den Versuch bewerten, einen Regimewechsel herbeizuführen, und das in einem Land, das über die dritt größten nachgewiesenen Erdöl- und die zweit größten Erdgasreserven der Welt verfügt. Der Iran schickt sich zudem an, eine Gaspipeline-Achse über Pakistan nach China, dem epochalen Herausforderer des Westens, zu etablieren, und wird eigentlich auch als Lieferant für die Gaspipeline Nabucco gebraucht, um dieses 15 Milliarden Euro teure „Jahrhundertprojekt“ zur Gasversorgung der EU zu retten. Jedoch will sich die EU vom derzeitigen Regime nicht abhängig machen.

Die schmerzhaftesten Sanktionen stehen dem Iran jedoch noch bevor. Ab Juli 2012 wird der Import iranischen Erdöls in die EU komplett boykottiert. Das macht etwa ein Fünftel der iranischen Ölausfuhr aus. Bedeutender noch wird die Einstellung des internationalen Zahlungsverkehrs über die Genossenschaft Swift durch die EU sein. Die Möglichkeiten der Auslandsüberweisungen werden dadurch dramatisch eingeschränkt. Auch eine Bank in Dubai, über die 60 Prozent der Erdöleinnahmen an den Iran weitergeleitet wurden, hat auf Grund des Drucks aus den USA und der EU diese Tätigkeit seit Dezember 2011 eingestellt.

Den Verlauf der ersten Atomgespräche zwischen dem Iran und den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland unter Vorsitz der EU Mitte April in Istanbul bewerteten alle Seiten positiv. Ob die Aussichten auf Verschärfungen des Sanktionsregimes zu dieser Arbeitsatmosphäre geführt haben oder ob es die Tatsache war, dass der Westen auf die Vorbedingung nach Einstellung der Urananreicherung verzichtet hat, lässt sich nicht beantworten. Beide Seiten gehen jedenfalls mit vorsichtigem Optimismus in die nächste Verhandlungsrunde; sie soll am 23. Mai stattfinden. Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen. Ähnlich sieht es auch Javier Solana, ehemaliger Nato-Generalsekretär und ehemaliger Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, wenn er in einem Gastbeitrag für DIE WELT schreibt: *„Wenn wir sicherstellen wollen, dass Iran niemals über eine Atomwaffe verfügt, ist die einzige Garantie die Änderung seines Wunsches, eine derartige Waffe zu besitzen. Und die beste Methode, das zu erreichen sind immer noch Verhandlungen und nicht der Einsatz von Gewalt.“* Welt Online, 23.04.2012.)

EU und die USA setzen allerdings weiter auf Sanktionen. Entweder, um das Regime durch Verhandlungen zur atomaren Kooperation zu bewegen oder das Land ökonomisch so sehr zu schwächen, dass seine Gegenwehr auf einen Angriff minimiert und unter Kontrolle gehalten werden kann.

## **Syrien am Rande des Bürgerkriegs**

Syrien wird von einem despotischen Regime beherrscht, das sich mit Folter und Repression seit 40 Jahren an der Macht hält. Ähnlich wie im Iran die Basidsch-Milizen gehen in Syrien die Schabihah (Geister) genannten regimetreuen Milizen brutal gegen Oppositionelle vor. Das syrische Regime ist im Gegensatz zu denen der Golfstaaten ein säkulares, das insbesondere die sunnitischen Muslimbrüder und Salafisten unnachgiebig bekämpft und folglich sich einer saudischen Gegnerschaft bis Feindschaft gegenüber sieht. Syrien stand im iranisch-irakischen Krieg 1980 bis 1988 nicht auf Seiten der arabischen Länder, sondern auf Seiten des Iran. Aus dieser Zeit resultieren die Nähe zum Iran und das Bündnis mit Teheran. Die sunnitischen Königreiche und Emirate des Golfkooperationsrats unter Führung Saudi-Arabiens sehen ihre Vorherrschaft am Golf mehr bedroht denn je durch die Schiiten bedroht, nachdem sich die mehrheitlich schiitische Regierung des Irak pro- iranisch und pro-syrisch verhält. Saudi-Arabien bekämpft das syrische Regime, um damit auch die Achse Teheran – Bagdad - Damaskus – Libanon (sprich Hizbullah) zu schwächen. Saudi-Arabien wird dabei insbesondere von Katar und den Emiraten unterstützt. Katar unterstützt die Muslimbrüder insbesondere durch seinen Sender Al Dschasira, die Emirate liegen im Streit mit dem Iran über drei Inseln in der Straße von Hormus.

Seit März 2011 sieht sich das Assad-Regime als Folge des „arabischen Frühlings“ einem zunächst friedlichen Aufstand gegenüber, der demokratische Reformen verlangt. Belegt ist, dass sunnitische fundamentalistische Kräfte aus der Golfregion bereits zu Beginn des Aufstands zur Radikalisierung beigetragen haben. Die Rebellion sei „von Anfang an bewaffnet gewesen“, zitiert Jürgen Todenhöfer einen syrischen Sunniten. (FAZ 13.4.2012) Die Brutalität des syrischen Regimes jedoch hat zur Militarisierung des Aufstands geführt. Der haushoch überlegene Repressionsapparat hat die Auseinandersetzung zunehmend auf das militärische Schlachtfeld gelockt, um seine Überlegenheit auszuspielen. *„Der Aufstand nimmt zunehmend Formen eines Guerillakriegs an“*, stellt die Neue Zürcher Zeitung fest, *„bei dem die Aufständischen Posten und Konvois der Armee sowie Exponenten und Einrichtungen des Regimes angreifen. [...] Human Rights Watch beklagt in einem offenen Brief an den Syrischen Nationalrat (SNC) Entführungen, Folterungen von Gefangenen, konfessionell motivierte Vergeltungsmorde und andere Greuelthaten, die oppositionellen Kräften zur Last gelegt werden.“* (NZZ 24.3.12) Geschäftsleute zahlen Schutz- und

Bestechungsgelder, um sich vor Überfällen der Opposition zu schützen (NZZ 20.4.12) Die Angaben über Opferzahlen reichen bis zu 10.000 getöteten Bürgerinnen und Bürger und 3.000 Mitgliedern der Sicherheitsorgane. Der von Todenhöfer zitierte sunnitische Ingenieur geht davon aus, dass mindestens die Hälfte der Toten auf das Konto der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) gehen. 20.000 Menschen gelten als vermisst. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf 300.000 geschätzt, davon ca. 150.000 im Ausland.

Die Opposition setzt sich vielschichtig zusammen und zeichnet sich vor allem aus durch Uneinigkeit. Der SNC ist von den „Freunden Syriens“, einem von NATO-Staaten und dem Golfkooperationsrat dominierter informeller Kreis aus 60 bis 80 Staaten und Organisationen, als „eine Repräsentantin Syriens“ anerkannt. Die Exil-Organisation ist von den Muslimbrüdern beherrscht. Sie lehnt den Dialog mit Assad ab, und dessen in Paris lebender Vorsitzender Ghalioun fordert die Bewaffnung der FSA (FAZ 2.4.12). Die FSA hat sich mit dem „Hohen Militärtrat“ zusammengeschlossen, dessen Führer eine völkerrechtswidrige Militärintervention sogar ohne UN-Mandat fordert (taz 20.4.12). Der „Militärtrat“ koordiniert die Waffenlieferungen, die meist saudischen, katarischen und libyschen Ursprungs sind. Der „Kommandant“ der sich vor allem aus Deserteuren zusammensetzenden FSA wirkt von der Türkei aus. Schätzungen über den Umfang dieser Milizen reichen von 2.000 bis 40.000. Einer kompetenten Autorin in der Neuen Zürcher Zeitung „erscheint eine Zahl im kleineren vierstelligen Bereich als realistisch.“ (NZZ 14.3.12) Sie gibt an, dass es eine solche Armee eigentlich gar nicht gäbe. „Was es gibt,“ schreibt sie, „sind Dutzende kleinere Einheiten. [...] keine Einheit nimmt von einer übergeordneten Stelle Befehle entgegen, ja die Einheiten koordinieren ihre Aktionen nicht einmal untereinander.“ Demnach würden allenfalls 3.000 Bewaffnete einer syrischen Armee von etwa 200.000 Heeressoldaten gegenüber stehen, die über annähernd 5.000 Kampf- und 5.000 Schützenpanzer verfügen.

Nachdem Assad bereits dem Sechs-Punkte-Plan Annans vom März 2012 zugestimmt hatte, der u.a. eine Waffenruhe und Verhandlungen vorsieht, gab ein Sprecher des SNC am Rande des Treffens der „Freunde Syriens“ am 1. April in Istanbul bekannt, dass ihnen für die kommenden drei Monate 100 Millionen US-Dollar für Soldzahlungen an die FSA von Staaten des Golf-Kooperationsrats und 176 Millionen Dollar für humanitäre Hilfe zugesagt worden seien (New York Times, 02.04.2012). Vielfach wurde das zu Recht als Waffenhilfe kommentiert (Süddeutsche 2.4.12 über die „Freunde Syriens“: „Waffenbrüder der syrischen Opposition“). Die repressiven Monarchien unterlaufen die Friedensbemühungen von UNO und Arabischer Liga und rufen den offenen Widerspruch Annans hervor, der es als „einen verhängnisvollen Fehler“ bezeichnete, „würden die Aufständischen, wie es Qatar und Saudi-Arabien vorgeschlagen haben, mit Waffen versorgt.“ (FAZ 12.4.12)

## **Die USA haben es nicht eilig**

Das „Rückgrat der Rebellion“ bilden etwa 300 lokale Koordinierungskomitees, die die Demonstrationen im Land organisieren und bisher den friedlichen Widerstand propagieren. Eine bundesweite Kampagne („Adopt a Revolution“) aus Kreisen der Friedensbewegung unterstützt diese Komitees mit Geldspenden. Das ist jedoch umstritten. Ein Grund ist: Es kann von hier nicht kontrolliert werden, was mit dem Geld geschieht. Und am 17. März war in der FAZ zu lesen: „In Syrien haben Oppositionelle im ganzen Land für eine ausländische Intervention demonstriert. Die lokalen Koordinierungskomitees stellten die Proteste am Freitag unter dieses Motto.“ (FAZ 17.3.12) Die FAZ berichtete darüber hinaus, dass die lokalen Koordinierungskomitees „große Sympathien für die bewaffneten Milizen vor Ort“ hegten (FAZ 11.4.2012). In den offiziellen Stellungnahmen der Organisation „Adopt a Revolution“) wird zwar der gewaltlose Widerstand gepriesen, gleichzeitig aber die – bewaffnete – „Freie Syrische Armee“ als Verbündeter der

Opposition betrachtet. Die Soldaten der Aufständischen stellen gewissermaßen den bewaffneten Schutz der Opposition dar, wie aus einer Selbstdarstellung deutlich wird: „So versuchen sie oftmals, Militär und Geheimdienst davon abzuhalten, auf Demonstrationen zu schießen, mitunter auch mit Waffengewalt.“ (www.adoptrevolution.org)

USA und EU setzen wie im Fall Iran auf die Isolation des Assad-Regimes und fordern den Rücktritt des Präsidenten. Das ist auch in der UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit bestätigt worden. Im Sicherheitsrat jedoch scheitert dieses Vorgehen am Veto von Russland und China. Entsprechend gibt es keine UN-Sanktionen gegen Syrien. Die USA und die EU haben seit November 2011 ein Ölembargo verhängt und die EU hat die Aktiva der syrischen Zentralbank gesperrt. Insgesamt hat die EU 14 Sanktionsrunden verhängt. Wirtschaftlich betroffen ist vor allem die Bevölkerung, die mit den Folgen einer galoppierenden Inflation zu kämpfen hat. US-Präsident Obama erklärt seit langem, dass er fest an der Seite der Protestbewegung stehe.

Einen tieferen Einblick in die Einschätzung der Lage durch die USA gab eine Anhörung im Streitkräfteausschuss des US-Senats am 9. März. Die NZZ gibt Verteidigungsminister Panetta wider:

*„Da sich der Sicherheitsrat nicht auf eine Linie einigen und kein Mandat für einen Militäreinsatz erteilen könne und da die Nato ein Eingreifen bereits ausgeschlossen habe, würde nur eine unilaterale Intervention übrig bleiben, erklärte er. Damit sei die grundlegende Frage, ob die USA wirklich noch einmal in diesem Teil der Welt auf eigene Faust agieren und in einem muslimischen Land Krieg führen wollten, beantwortet. Panetta räumte ein, dass er dem Pentagon den Auftrag gegeben habe, eine grobe Eventualplanung durchzuführen, auf deren Grundlage Präsident Obama allenfalls weitere Beschlüsse fassen und nächste Planungsschritte anordnen könne. Doch sowohl er selber als auch der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Dempsey, liessen keinen Zweifel daran, dass eine Militärintervention eine bedeutend grössere und längere Operation wäre als jene, die zum Sturz Ghaddafis in Libyen führte. Dempsey unterstrich auch, dass ein Militäreinsatz in Syrien zwingend bedeute, dass die Vereinigten Staaten ihre militärische Präsenz anderswo abbauen müssten. Nur schon ein Luftkrieg, um die syrische Fliegerabwehr auszuschalten, wäre zeitraubend, kompliziert und riskant, sagte Dempsey, weil Syrien über russisches Material verfüge, das fünfmal fortgeschrittener sei als jenes, mit dem man es in Libyen zu tun gehabt habe. Die syrische Fliegerabwehr sei zudem im Westen des Landes konzentriert, wo sich auch die grossen Bevölkerungszentren befänden. Viele zivile Opfer und ungewollte Schäden wären deshalb unausweichlich. Panetta hob seinerseits die politischen Risiken hervor. Man habe bereits über 100 Oppositionsgruppen identifiziert, aber keine ernsthaften Anstrengungen wahrgenommen, sie unter einer einheitlichen Führung zu vereinen. Bevor die USA ihre Söhne und Töchter in Uniform unter hohen Risiken in den Einsatz schickten, sei sehr detailliert abzuklären, ‚wie der Auftrag genau lautet, ob und zu welchen Kosten wir ihn erfüllen können und ob er die Lage verbessert oder verschlechtert‘, unterstrich Panetta. [...] Auch wenn er militärische Schritte nicht ausschließen wollte, machte Panetta klar, dass er zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch die Lieferung von Waffen nicht gutheisst, weil man einfach zu wenig darüber wisse, wer von den Waffen profitieren würde. Deshalb stünden für die USA, wenn schon, eher Lieferungen von sogenannten nichttödlichem Material wie etwa Funkgeräten im Vordergrund.“ (NZZ 10.3.12)*

Auch NATO-Generalsekretär Rasmussen hält ein Eingreifen der NATO für „nicht durchführbar. Die Opposition bilde keine Einheit, und es gebe keine einzige Region, die bereits von der Opposition kontrolliert werde.“ (derstandard.at 26.4.12)

Daraus lässt sich schließen, dass es die USA mit einer Intervention in Syrien nicht eilig haben, sie aber auch nicht ausschließen wollen. Das muss die bewaffnete und unbewaffnete Opposition im Land als Ermutigung werten, ihren Kampf fortzusetzen. Das bedeutet, dass der Bürgerkrieg fortgesetzt wird, weil beide Seiten noch mit einem Sieg rechnen.

Das sieht das International Institute for Strategic Studies (IISS) auch so. Spiegel Online berichtet von der Jahrespressekonferenz des konservativen und NATO-nahen Instituts in London am 7. März 2012:

*„Britische Militärexperten erwarten kein schnelles Ende des Bürgerkrieges in Syrien. Das Regime von Baschar al-Assad sitzt nach Einschätzung des IISS nach Monaten heftiger Kämpfe noch relativ fest im Sattel. ‚Wir sehen einen blutigen Abnutzungskrieg‘, sagte IISS-Analyst Toby Dodge. ‚Die Rebellen sind lästig, aber keine direkte Bedrohung des Regimes‘. Die Aufständischen könnten zwar einzelne Stadtviertel wie zuletzt Homs einnehmen und einige Zeit halten. Früher oder später würde sie jedoch von Assads Truppen wieder vertrieben. [...] Das syrische Militär sei insgesamt loyal zum Regime. Zwar seien einige hundert Deserteure (sic!) zu den Rebellen übergelaufen, doch handele es sich vor allem um niedrigere Dienstgrade. Eine entscheidende Änderung der Lage kann laut IISS nur von außen herbeigeführt werden. Ein internationales Eingreifen in Syrien sei jedoch wenig wahrscheinlich, sagte Dodge. ‚Die diplomatische Lage wird sich auf absehbare Zeit nicht ändern.‘ Dem Westen fehle es am politischen Willen zum militärischen Eingreifen. Überlegungen, humanitäre Zonen oder Korridore in Syrien einzurichten, halten die IISS-Experten daher für unrealistisch.“ (Spiegel online 7.3.12)*

Der Sechs-Punkte-Plan von Kofi Annan (er befindet sich als Anhang in der Resolution des UN-Sicherheitsrats 2042 vom 14. April 2012), der von der syrischen Regierung akzeptiert wurde, enthält als wichtigstes Element die Forderung nach einem Waffenstillstand, der bisher allerdings kaum eingehalten wurde. Der Plan weist indessen einen schweren Geburtsfehler auf, der sich im weiteren Konfliktverlauf als verhängnisvoll erweisen könnte. Der Plan besagt nämlich, dass die syrische Regierung in Vorleistung zu gehen habe, indem sie *„sofort die Truppenbewegungen in Richtung auf die Bevölkerungszentren und den Einsatz schwerer Waffen an diesen Orten beenden und mit dem Abzug der in den Bevölkerungszentren und ihrer Umgebung konzentrierten Truppen beginnen“* soll. *„Während diese Maßnahmen vor Ort durchgeführt werden, soll die syrische Regierung in Zusammenarbeit mit dem Gesandten (Annan) erreichen, dass alle Parteien die bewaffnete Gewalt in allen Formen im Rahmen eines wirksamen Aufsichtsmechanismus der Vereinten Nationen dauerhaft einstellen.“*(Ziff.2 Satz 2,3) Der Annan-Plan misst also mit zweierlei Maß. Die Regierung soll zuerst handeln im Vertrauen darauf, dass die uneinheitliche bewaffnete Opposition nachzieht. Auch die beiden kurz hintereinander vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen (Nr. 2042 vom 14. April und Nr. 2043 vom 21. April) übertragen die Hauptverantwortung für die Einstellung jeglicher Gewalt auf die Regierung in Damaskus. Beide Resolutionen könnten also im Verein mit dem Sechs-Punkte-Plan als eine Legitimierungsbasis für weitere Maßnahmen des Sicherheitsrats gegen Syrien dienen.

Die syrische Armee hat ihre schweren Waffen bisher nur teilweise zurückgezogen. Und dies hat eine Vorgeschichte, auf die Todenhöfer hinwies. Sein sunnitische Gesprächspartner habe ihm über den Vorgang der gescheiterten arabischen Beobachtermission in Homs zu Beginn des Jahres gesagt, *„die Rebellen hätten den Rückzug der syrischen Armee während des Besuches der arabischen Beobachter absprachewidrig zum Vormarsch genutzt. Die Regierung habe damals geschworen, sich nie mehr auf derartige Vorleistungen einzulassen. Seither kontrolliert die Regierung nur noch 25 Prozent der Stadt, insbesondere das Alawiten-Viertel und Baba Amr. 50 Prozent werden von der FSA beherrscht, 25 Prozent sind Niemandsland.“* (FAZ

13.4.12) Die syrische Regierung kritisiert, dass Aufständische „in mehr als 1.300 Fällen die Waffenruhe gebrochen“ hätten. (FAZ 28.4.12)

Unsere These ist: Der Westen setzt auf die Wirkung von Sanktionen, um die noch recht stabile Loyalität breiter Mittelschichten gegenüber dem Regime zu erschüttern. Zeitgleich wird der Waffen- und Ausrüstungsfluss ins Land fortgesetzt und der militärische Widerstandskampf weiterhin durch Geheimdienstaktivitäten, Söldner und Finanzmittel verstärkt. Nachdem man bereits die Hamas aus der prosyrischen und proiranischen Front herausgebrochen hat, wird der Versuch unternommen, auch den Hizbullah entscheidend zu schwächen, indem die USA versuchen, libanesische Finanzinstitute, durch die sich die Hizbullah finanziert, trocken zulegen. (FAZ 13.3.12) Der Bürgerkrieg in Syrien wird von außen angeheizt werden, sobald der Westen die Spannungen gegenüber dem Iran eskaliert. Sein Kalkül: Ein sich im Bürgerkrieg befindliches Syrien kann für den Iran und den Hizbullah keine Unterstützung sein.

Und schließlich: Im Iran erwartet der Direktor des IISS, John Chipman, *„keine baldige Intervention des Westens. Ein Angriff Israels oder der USA auf iranische Nuklearanlagen sei in diesem Jahr unwahrscheinlich, sagte Chipman. Beide Staaten wüssten, dass Israel allenfalls imstande sei, einzelne Angriffe zu fliegen, aber keine nachhaltige Bombenkampagne ohne US-Unterstützung durchführen könne. Einen israelischen Präventivschlag gegen den Iran, über den zuletzt viel spekuliert wurde, schloss Chipman daher aus. Die Regierung von Benjamin Netanjahu verlasse sich auf ihre westlichen Partner, falls nötig, zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam zuzuschlagen.“* (Spiegel online 7.3.12)

## **Wenn es anders kommen sollte**

Es kann natürlich auch anders kommen. Unsere Einschätzung, dass in diesem Jahr eine Intervention in Iran nicht erfolgen werde, könnte dann durchkreuzt werden, wenn sich die Hardliner in der israelischen Regierung (und dort gibt es ja fast nur Hardliner) durchsetzen und mit Luftangriffen auf iranische Nuklearanlagen einen militärischen Alleingang starten. Die Aussicht auf einen Sieg Obamas bei den US-Präsidentenwahlen im November – und derzeit spricht vieles dafür – ist für Netanjahu keine angenehme Vorstellung. Ein derart gestärkter US-Präsident könnte im israelisch-palästinensischen Konflikt etwas weniger nachgiebig sein als in der Vergangenheit und den Israelis nicht mehr alles durchgehen lassen (Siedlungsbau, Jerusalem). Also schiene ein Angriff noch vor der Wahl eine sichere Garantie dafür zu sein, dass Obama nolens volens mitziehen würde, weil die USA ihren wichtigsten Partner im Nahen Osten ja nicht im Stich lassen dürften.

Auch auf dem syrischen Konfliktfeld könnte sich die Lage weiter zuspitzen und den Westen, insbesondere die USA zu einem Eingreifen veranlassen. Bereits jetzt haben die Medien und die Politik einen derartigen Druck gegenüber Damaskus aufgebaut, dass ein Zurückdrehen der Eskalationsspirale nur noch schwer möglich erscheint. Wer auch immer in Syrien Bomben zündet und Zivilisten tötet: Alles wird direkt oder indirekt dem „blutrünstigen“, „despotischen“ und „mörderischen“ Assad-Regime angelastet. Die PR-Agenturen im Dienst westlicher oder saudi-arabischer Regierungen werden die entsprechenden herzerreißenden Bilder und Nachrichten liefern. Wie heißt es doch so treffend im Konzept „Responsibility to Protect“ („Schutzverantwortung“), der neuen Bibel der Interventionsbefürworter: Bevor in einen Staat interveniert wird, muss ein „richtiger Grund“ vorliegen. Ein solcher Grund liegt beispielsweise in einer Situation vor, durch die das „Gewissen“ der Menschheit berührt werde („conscience-shocking situation“). Der oben geschilderte enge Zusammenhang zwischen den Ereignissen um Iran und denen in Syrien macht es dann auch wahrscheinlich, dass der Kriegsfunkel von Syrien auch nach Iran überspringt und wir es mit einem unvorstellbaren Flächenbrand in der ganzen Region zu tun haben werden.

Mit anderen Worten: Was die rational denkenden Militärs und Geheimdienstler der USA heute dazu veranlasst, eher zur Vorsicht und Zurückhaltung zu mahnen, könnte im Gefolge eines israelischen Alleingangs gegen Iran oder bei einer wie auch immer herbei geführten weiteren Eskalation in Syrien zu

einem Kriegsfall der USA und der NATO werden. Was die Sache für Berlin so pikant macht, ist die Tatsache, dass die deutsche Marine immer noch vor der libanesischen Küste stationiert ist, um den Waffenschmuggel an die Hizbullah zu verhindern. Wie schnell also kann auch Deutschland in den nahöstlichen Flächenbrand involviert werden!

Wenn Iran und Syrien so miteinander verbunden sind, wie wir behauptet haben, dann erübrigt sich auch die Frage, ob eine Intervention gegen Syrien vielleicht doch weniger riskant sei als ein Angriff auf Iran. Dennoch möchten wir an der Stelle darauf hinweisen, dass gezielte Luftangriffe auf iranische Nuklearanlagen – selbst wenn sie singulär bleiben und von Teheran nicht mit einem Verteidigungskrieg beantwortet würden – weitreichende zerstörerische Folgen für Mensch und Umwelt in den betroffenen Regionen haben würden. Im Jahr 1981 hatte die israelische Luftwaffe ein im Bau befindliches irakisches AKW bombardiert und zerstört – ohne größere Folgen für die Umwelt. Denn dieses AKW befand sich noch in einem Zustand, wo es noch nicht mit Brennelementen beladen war, also keine Strahlung austreten konnte. Im Gegensatz dazu ist die Mehrzahl der iranischen Atomanlagen bereits hochgradig radioaktiv belastet. Selbst in einem Versuchsreaktor entsteht laut BUND pro Megawatt elektrischer Leistung jährlich die kurz- und langlebige Radioaktivität einer Hiroshima Bombe (Axel Meyer in: [www.mitwelt.org](http://www.mitwelt.org)). Zusätzlich zu den verheerenden Folgen jedes Krieges, wäre eine Bombardierung der iranischen Atomanlagen also auch ein radioaktives Fiasko, mit Folgen weit über den Iran hinaus. Auch aus diesem Grund darf ein Krieg gegen Iran nicht sein.

## Welche Alternativen haben wir?

Die Friedensbewegung ist zwar nicht unbedingt zuständig für die Formulierung von Alternativen zum Krieg: Die Vermeidung des Kriegs ist schon die erste und beste Alternative! Dennoch ist es sinnvoll, im Kampf gegen den drohenden Krieg plausible und praktisch durchsetzbare Alternativen zur Diskussion zu stellen. Dafür stehen der Friedensbewegung zahlreiche Expertisen und gut durchdachte Politikkonzepte wissenschaftlicher Institute zur Verfügung.

### Iran

Ließe sich die deutsche, europäische und US-amerikanische Außenpolitik von Vernunft leiten, müsste sie in Bezug auf den Iran folgende Grundaxiome anerkennen:

1. Wäre der Iran im Besitz von Atomwaffen, würde er sie niemals als erstes einsetzen. Diese Furcht Israels ist mehr eine Behauptung denn eine wirkliche Bedrohung. Denn im Gegenzug würde der Iran in ein atomares Trümmerfeld verwandelt. Die mehr als 200 Atomsprengköpfe Israels könnten ganze Arbeit leisten. Die Erkenntnis aus dem atomaren Patt der 80er Jahre bleibt auch heute gültig: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter.
2. Würde der Iran Atomwaffen besitzen, könnte er sie also allenfalls zur Abschreckung verwenden, d.h. sie eben nicht verwenden, sondern nur mit dem Vernichtungspotential drohen. Da dem Iran bisher von Seiten der USA jegliche Sicherheitsgarantien verweigert werden, hätte das Streben nach Atomwaffen eine zwar grausige, aber doch nachvollziehbare Rationalität. (Wie pfleglich ist die „Weltgemeinschaft“ doch mit Nordkorea umgegangen, seitdem bekannt war, dass es tatsächlich über Nuklearwaffen verfügt. Und erinnert sei auch daran, dass 2003 die Bush-Administration Irak nur angreifen konnte, weil sie – entgegen ihrer verlogenen Propaganda – wusste, dass Irak keine Massenvernichtungswaffen hatte.)
3. Äußerungen der geistlichen und politischen Führung Irans sollten solange ernst genommen werden, als sie nicht der Lüge überführt werden. Zum Standardrepertoire der Reden Ahmadinedschads gehören zwei Feststellungen: Einmal wird der Besitz von Atomwaffen aus religiösen Gründen abgelehnt. Sie seien aus islamischer Sicht „inhuman“. Zum anderen werden Atomwaffen als wertlos betrachtet: „Wir glauben nicht daran“, sagte Ahmadinedschad in einem Interview 2008, „dass Nuklearwaffen von Nutzen sind, sie sind überflüssig. Wer Nuklearwaffen besitzt, verschafft sich damit keine politischen Vorteile.“ Und noch vor kurzem ergänzte er: „Es hat keinen Sinn, zwei



Bomben zu bauen, wenn der Feind über 2.000 nukleare Bomben verfügt.“ (*Badische Zeitung*, 10.11.2011, zit. nach BICC) Zuletzt äußerte sich Ahmadinedschad in einem Exklusivinterview mit dem ZDF dahingehend, dass er Atomwaffen „unmoralisch“ fände (ZDF, 19.03.2012)

4. Die Politik des Westens sollte sich von der stillschweigenden atomaren Komplizenschaft mit Israel verabschieden und die Geltung des Nichtverbreitungsregimes ausnahmslos einfordern. Wer einem Staat im Nahen Osten den vermeintlichen Griff nach Atomwaffen unter Androhung eines Krieges verweigert, über einem anderen Staat aber, der schon seit langem im Besitz von Atomwaffen und den dafür benötigten Trägersystemen ist, die schützende Hand hält, kann keine Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen. Noch dazu, wenn dieser Nuklearstaat – ungestraft – Angriffsdrohungen gegen den anderen ausstößt. Doppelte Standards vertragen sich nun einmal nicht mit dem Völkerrecht.

Vor allem aber sollte der Westen aufhören, die Drohkulisse gegenüber dem Iran weiter auszubauen. Kriegerische Rhetorik und eine Politik angezogener Daumenschrauben (z.B. in Form wirtschaftlicher Sanktionen) erreichen in ihrer Logik immer einen Punkt, von dem aus es kein Zurück mehr gibt. Im jüngsten Iran-Dossier des BICC (Bonner Institut für Konversionsforschung) wird sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass militärische Drohungen gegen den Iran „sicherlich das falscheste“ Mittel seien, um zum Erfolg zu kommen. Der ehemalige Generaldirektor der IAEO Hans Blix, bringt das folgendermaßen auf den Punkt: *„Ich glaube, man kann niemanden durch Androhung von Gewalt von einem Atomprogramm abbringen – das führt wohl eher dazu, dass sich derjenige noch mehr damit beeilt, um sich verteidigen zu können“* (zit. n. BICC). Auch würden die anhaltenden Drohungen dazu führen, das innenpolitische Klima im Iran zugunsten einer noch breiteren Befürwortung von Kernwaffen in den Eliten des Landes zu verschieben. Schließlich brächte auch ein massiver israelisch-US-amerikanischer Angriffskrieg gegen Iran nicht das gewünschte Ergebnis. Zwar könnte das iranische Atomprogramm um Jahre zurückgeworfen, aber nicht auf Dauer verhindert werden. Im Gegenteil, so urteilt das BICC, wäre dies die „Garantie“ dafür, dass der Iran danach „mit hoher Geschwindigkeit nach der Atombombe streben würde“. Und es gäbe kaum innenpolitischen Widerstand dagegen.

Ähnlich eindeutig werden Sanktionen abgelehnt. Schon die bisherigen Sanktionen des UN-Sicherheitsrats (zuletzt Res. 1929 [2012]) und die verschärften Wirtschaftssanktionen der USA und der Europäischen Union haben nicht erreichen können, dass der Iran die Forderungen des Westens erfüllt und seine Urananreicherung eingestellt hat. Das Mitte des Jahres 2012 in Kraft tretende totale Öl- und Gasembargo wird der Iran mit einer Umlenkung seiner Kohlenwasserstoffexporte (z.B. nach China) zu einem Teil kompensieren können. Was an negativen Folgen trotzdem eintreten wird, trifft eher die sozialen Belange der Bevölkerung als die Situation der politischen und geistlichen Eliten. Die Sanktionen schlugen in eine Art „wirtschaftliche Kriegführung“ um (Sick). Mohssen Massarrat und Bahman Nirumand haben das vor kurzem ebenfalls unterstrichen: *„Je härter die Sanktionen gegen den Iran werden, desto länger wird die Lebensdauer des antidemokratischen Systems dort.“* (Massarrat/Nirumand 2011) Gegenmaßnahmen des Iran würden ebenfalls nicht lange auf sich warten lassen und würden vor allem eine erhebliche Steigerung der Weltölpreise nach sich ziehen und damit die Urheber der Sanktionen selbst treffen (vgl. hierzu Sick).

Eine Strategie, die nicht zum Ziel führt, muss aufgegeben werden. Friedensforschungsinstitute plädieren daher für eine „Umkehr zu Dialog und Entspannung“ (BICC), die nur zu erreichen ist, wenn man die bestehenden Realitäten anerkennt (IFSH). Dazu gehört, dass der Westen die Urananreicherung im Iran akzeptieren müsse. Urananreicherung für zivile Zwecke müssen dem Iran genauso zugestanden werden, wie jedem anderen Land der Welt. Das BICC schlägt sogar vor, dass der Westen dem Iran 20-prozentiges Uran liefern solle – so wie es 2011 von Ahmadinedschad gefordert worden war. Allerdings müsse sich Teheran verpflichten, zusätzliche internationale Kontrollen der iranischen Atomanlagen zuzulassen. Zur „Umkehr“ gehört auch, dass der Westen die Sicherheitsinteressen des Iran genauso ernst nimmt wie diejenigen anderer Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Auf dieser Basis könnte mittelfristig ein politischer Prozess eingeleitet werden, der ein „ähnliches Ausmaß wie bei der Entspannungspolitik des Westens gegenüber der Sowjetunion Ende der 1960er Jahre oder wie bei der neuen Politik der USA gegenüber China Anfang der 1970er Jahre“ annehmen könnte (BICC).

In Bezug auf Deutschlands Rolle in der Iranpolitik des Westens fordern die Friedensforschungsinstitute übereinstimmend, dass sich Berlin weiterer Sanktionen enthalten sollte, „da sie bestenfalls nutzlos, schlimmstenfalls eskalationsfördernd“ seien (BICC), bzw. dass die bereits verhängten Sanktionen „schrittweise“ aufgegeben werden (IFSH). Außerdem sollte Deutschland „unmissverständlich“ deutlich machen, dass es jegliche militärische „Lösung“ ablehnt.

## Syrien

Wir haben weiter oben bereits gezeigt, dass der Irankonflikt sehr eng mit den Konfliktlinien in Syrien verbunden ist. Diese Verknüpfung, so zeigt Phillis Bennis in ihrer Analyse, macht aus dem syrischen Fall einen „regionalen und globalen Konflikt“:

*„Syrien ist der bedeutendste Partner des Irans im Nahen Osten, und deshalb haben sich wichtige Länder, die Israels anti-Iran Mobilisierung unterstützen, sich gegen Syrien gewandt mit dem Bestreben, den Iran zu schwächen durch die Unterminierung Syriens, seines engsten Verbündeten. (...) Es ist eindeutig, dass Saudi-Arabien mit dem Iran in Syrien um Einfluss in der Region kämpft. Die Arabische Liga, deren Entscheidungsprozesse von den Saudis und den mit ihnen verbündeten Golf Staaten ( wie Katar und die VAE) dominiert werden, benutzen die syrische Krise, um gegen den wachsenden Einfluss Irans in den arabischen Ländern vom Irak bis zum Libanon vorzugehen. Und natürlich haben sich die USA, Frankreich und andere westliche Staaten auf die sehr reale Menschenrechtskrise in Syrien gestürzt, mit dem Versuch einer weiteren Schwächung des Regimes dort, weit weniger aus Sorge um die Menschenrechte des syrischen Volks als aus Interesse an der Unterminierung des wichtigsten Verbündeten des Iran.“* (Bennis)

Was im Falle Irans nicht funktioniert, wird auch in Syrien nicht funktionieren: Sanktionen gegen die politische Führung in Damaskus stellen keinen sinnvollen Beitrag zur Lösung des inneren Gewaltkonflikts dar. Insofern sind die von der EU bereits verhängten Sanktionen, die im April 2012 noch verschärft wurden (Einfrieren von syrischem Vermögen im Ausland, Einreiseverbote gegen weitere syrische Politiker), kontraproduktiv. Schon jetzt sind die Folgen der bisherigen Sanktionsmaßnahmen (v.a. Ölembargo) des Westens spürbar: In steigenden Preisen, wachsender Armutsbevölkerung und Kaufzurückhaltung der Mittelschichten (vgl. die Reportage von Karin Leukefeld in weltnetz.tv, 19.03.2012). Die einzigen Sanktionen, die wirklich Sinn machen, wären ein umfassendes Waffenembargo. Doch auch dafür scheint es, nachdem Russland Waffen an die syrische Regierung und Saudi-Arabien an die Opposition liefert, zu spät zu sein.

Da wir es in Syrien mit einer bürgerkriegsähnlichen Situation zu tun haben, die von verschiedenen auswärtigen Interessenten geschürt wird (vor allem Saudi-Arabien und Katar auf arabischer Seite, USA, Frankreich, Großbritannien und – mit Einschränkung – die Türkei auf der Seite des Westens), besteht die wichtigste und dringendste Forderung darin, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bekommen. Die von Kofi Annan und Vertretern der Arabischen Liga besetzte Beobachtermission – die auf 300 Personen aufwachsen soll - wird auch von den UN-Vetomächten Russland und China unterstützt und von Damaskus grundsätzlich anerkannt. Gebrochen werden muss die intransigente Haltung der bewaffneten Opposition in Syrien, die bisher jedes Angebot zu Verhandlungen brüsk abgelehnt hat. Sie weiß, dass dies auch in Libyen vor einem Jahr funktioniert hat, als die Rebellen sich auf keinen Waffenstillstand und erst recht auf keine Gespräche mit Gaddafi eingelassen hatten. Der „Erfolg“, ein militärischer Sieg der NATO-Verbündeten nach neun Monaten Luftkrieg, hat diese Strategie bestätigt. So fraglich es ist, ob der Westen entsprechenden Druck auf die syrische Opposition in Gestalt der „Freien Syrischen Armee“ ausüben wird, so richtig ist dennoch diese Forderung. Sie nicht zu erheben und den Bürgerkriegsparteien in Syrien freie Hand in ihrem gegenseitigen Gemetzel zu lassen, verwandelt das Land über kurz oder lang in ein Schlachtfeld, auf dessen Altar vor allem Zivilpersonen geopfert werden.

Die zentralen Forderungen der Friedenswissenschaft an die Adresse Syriens, der Arabischen Liga, der USA und anderer westlicher Staaten, der EU, der Vereinten Nation und der Bundesregierung lauten daher:

- Absage an alle Gedankenspiele über eine militärische Intervention (diese Position wird auch von Friedensforschern vertreten, die im Fall Libyen noch anders votierten, vgl. z.B. Meyer);

- Ausstieg aus dem Sanktionsmechanismus der EU und Zurücknahme bisher erfolgter Sanktionen<sup>1</sup>; stattdessen Umsetzung eines allgemeinen Waffenembargos;
- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen in die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens; dies schließt Schützenpanzer in die Vereinigten Emirate genauso ein wie Kampfpanzer nach Saudi-Arabien oder U-Boote nach Israel;
- Bereitstellung humanitärer (z.B. medizinischer) Hilfe für Syrien, allerdings ohne jeglichen „militärischen Begleitschutz“;
- Erlass eines sofortigen Abschiebestopps für Flüchtlinge aus Syrien; ihnen kommt der Status von Kriegsflüchtlingen zu; sie fallen somit unter die Genfer Flüchtlingskonvention; darüber hinaus sollte syrischen Flüchtlingen ein Aufenthalt in den Staaten der Europäischen Union angeboten werden.

## Schlussbemerkungen

An die Adresse der Friedensbewegung, also auch an den Bundesausschuss Friedensratschlag<sup>2</sup>, sind in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Aufforderungen ergangen, über die grundsätzliche Ablehnung einer Militärintervention hinaus auch die Solidarität mit der Opposition insbesondere in Syrien zu bekunden. Tue man dies nicht, stelle man sich indirekt schützend vor die Regierung in Damaskus (oder im Fall des Iran: vor Ahmadinedschad und das Mullah-Regime). Einige Friedensgruppen befürworten sogar die Organisation „Adopt a Revolution“ (AaR), die Geldsammlungen für oppositionelle Gruppierungen sammelt, dabei darauf vertrauend, dass dieses Geld nicht zweckentfremdet wird, indem es z.B. dem Ankauf von Waffen dient. Wir teilen diesbezüglich die Kritik und Skepsis der Informationsstelle Militarisierung (IMI), die von einer Vertreterin von AaR nicht befriedigend zerstreut werden konnte (zum Disput siehe „Adopt a Revolution“).

Die Friedensbewegung (gleiches gilt u.E. für die Friedenswissenschaft) sollte in solchen und ähnlich gelagerten Konflikten von folgenden Grundüberlegungen ausgehen:

1. Wir dürfen uns nicht gemein machen mit den Herrschenden, weder mit „Despoten“ à la Assad oder Ahmadinedschad noch mit „Demokraten“ à la Netanjahu oder Erdogan. Unsere grundsätzliche Distanz und Kritik von Regierungen – übrigens auch im eigenen Land – gilt auch dann, wenn deren Länder von Aggressoren angegriffen werden. Die Antikriegs-Bewegung gegen den drohenden Irak-Krieg 2003 wurde doch auch nicht dadurch beeinträchtigt, dass wir mit der Politik Saddam Husseins nicht einverstanden waren. Oder musste man etwas für die Taliban übrig haben, um gegen den Aggressionskrieg gegen Afghanistan zu sein?
2. Kritik an autoritären Regimen, wovon es mehr in der Welt gibt als uns lieb sein kann, bedeutet auf der anderen Seite nicht, dass wir uns aktiv in die innenpolitischen Auseinandersetzungen fremder Staaten einmischen – zumindest nicht durch einseitige Parteinahmen für bestimmte politische Gruppierungen, ausgenommen Friedensorganisationen. Dies unterscheidet die Friedensbewegung grundsätzlich von politischen Parteien, deren Solidarität mit Partnerorganisationen in anderen Ländern einen durchaus verbindlichen Charakter annehmen kann.
3. Wir sind fest davon überzeugt, dass die beste Art der Solidarität mit unterdrückten und von Bürgerkriegen betroffenen Menschen darin besteht, deren Gesellschaften vor ausländischen Militärinterventionen zu bewahren. Zivilgesellschaftliche Strukturen entfalten sich am ehesten unter Abwesenheit von Krieg.

---

<sup>1</sup> Uns bleibt rätselhaft, warum die Zurückweisung von Sanktionen nicht in den Forderungskatalog des Syrien-Dossiers der „Kooperation für den Frieden“ eingegangen ist (siehe Schweitzer u.a.).

<sup>2</sup> Siehe dessen nach wie vor aktuelle Erklärung „Hände weg von Iran und Syrien“, die auf einer Aktionsberatung der Friedensbewegung Ende Januar 2012 verabschiedet wurde; <http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung/baf/Iran-Syrien-Aufruf.pdf>

**Literatur:**

„Adopt a Revolution“ und die Frage der Gewalt in Syrien. Disput in der Friedensbewegung zwischen Christoph Marischka/Jürgen Wagner und Christine Schweitzer. In: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/adopt.html>

Phyllis Bennis: Iran wieder einmal im Fadenkreuz. In: Website der AG Friedensforschung, 17.03.2012; <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Iran/bennis.html>

BICC: Atomkonflikt Iran: Diplomatische Lösung noch immer möglich?! Von Jerry Sommer. In: BICC Focus, Dezember 2011; [http://www.bicc.de/uploads/pdf/publications/focus/10-Iran/BICC\\_FOCUS\\_10\\_2011\\_final.pdf](http://www.bicc.de/uploads/pdf/publications/focus/10-Iran/BICC_FOCUS_10_2011_final.pdf)

Bundesausschuss Friedensratschlag: Hände weg von Iran und Syrien, Januar 2012; <http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung/baf/Iran-Syrien-Aufruf.pdf>

IFSH: Sieben Schritte auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran. Stellungnahme aus dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), von Michael Brzoska, Oliver Meier und Götz Neuneck, 5. März 2012; [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/stellungnahmen/Stellungnahme\\_Iran\\_05.03.2012.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/stellungnahmen/Stellungnahme_Iran_05.03.2012.pdf)

Mohssen Massarrat, Bahman Nirumand: Nicht die Spur von Nachdenklichkeit. Offener Brief an die Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, 12. November 2011; <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Iran/gruene2.html>

Berthold Meyer: Krieg und Menschenwohl. Sechs Gründe, die gegen ein Eingreifen in Syrien sprechen. In: taz, 24.02.2012; <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/meyer.html>

Christine Schweitzer, Clemens Ronnefeldt, Karl Grobe-Hagel, Andreas Buro: Syrien zwischen gewaltfreiem Aufstand und Bürgerkrieg. Dossier V, hg. von der Kooperation für den Frieden, Bonn o.J. (2012)

Gary Sick: Iran am langen Hebel. In: Le Monde Diplomatique (Deutsche Ausgabe), März 2012

UN-Sicherheitsrat: Resolutionen 2042 (vom 14. April 2012) und Resolution 2043 (vom 21. April 2012); beide im Internet auf der Syrien-Seite der AG Friedensforschung.

**Zu den Autoren:**

Lühr Henken, Berlin, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Beiratsmitglied von IMI

Peter Strutynski, Dr., Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Uni Kassel; AG Friedensforschung; Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; [www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de)